

- 03. Februar 1962** Vor 60 Jahren verhängten die USA ein totales Handelsembargo gegen Kuba.
- 12. Februar 1947** Vor 75 Jahren erschien die erste Nummer der Wochenzeitung "Junge Welt", ab 12. November 1947 als Zentralorgan der FDJ.
- 21. Februar 1992** Vor 30 Jahren kam es nach dem Scheitern der Tarifgespräche für rund 430.000 westdeutsche Bankangestellte erstmals in der Geschichte der BRD zum Streik in dieser Branche.

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

2. Ausgabe / 32. Jahrgang

Für Halle (Saale)

15. Februar 2022

## Alternativer Neujahrsempfang

Am 7. Februar haben wir unsere Alternative zum Alternativen Neujahrsempfang durchgeführt, der in großer Form corona-bedingt leider erneut ausfallen musste. Trotzdem waren wir in Neustadt und auf der Silberhöhe präsent und konnten viele Menschen mit unseren Frühstücks-Tüten begeistern. Neben Snacks und Infomaterialien gab es auch einige interessante Gespräche. Vielen Dank an alle, die dabei waren und an alle, die mit uns diskutiert haben! Wir sehen uns bei kommenden Aktionen und Ständen im ganzen Stadtgebiet! Für ein soziales und erfolgreiches Jahr 2022!



Liebe Genossinnen und Genossen,

im Folgenden findet ihr den Brief des Genossen Hans Modrow an die beiden Vorsitzenden unserer Partei vom Januar.

Wir wissen, dass es im Stadtverband den Wunsch gibt, sich über diesen Brief auszutauschen. Leider macht es uns die Pandemie noch immer schwer, ein größeres parteiinternes Treffen zu organisieren. Aus diesem Grund rufen wir euch dazu auf, eure Gedanken, Wünsche und Kritik, die ihr gerne äußern wollt, in Form eines Leserbriefes an uns weiterzuleiten,

damit wir diese zumindest vorerst im Linken Blatt abdrucken können.

Schreibt uns dazu entweder eine Mail an:

**linkesblatt@dielinke-halle.de**

Oder einen Brief an:

**DIE LINKE. Halle**

**Leitergasse 4**

**06108 Halle**

Liebe Grüße

Euer Stadtvorstand

Liebe Susanne, liebe Janine,

zum ersten Mal seit vielen Jahren blieb ich dem stillen Gedenken in Berlin-Friedrichsfelde fern, konnte nicht gemeinsam mit Euch und vielen anderen jene ehren, auf deren Schultern unsere Partei steht. Ich fehlte nicht aus politischen Gründen, wie manch anderer, sondern aus gesundheitlichen: Ich lag im Krankenhaus. Die medizinischen Diagnosen sind nicht eben freundlich, weshalb ich es für angezeigt halte, meine Angelegenheiten zu regeln. Darum auch dieser Brief. Er soll zugleich mein Beitrag sein für die Diskussion im Vorfeld des Parteitag in Erfurt.

Die Partei Die Linke - hervorgegangen aus WASG und PDS, und diese wiederum aus der SED, welche ihre organisatorischen Wurzeln in der KPD und der SPD hatte - befindet sich in einer kritischen Situation. Diese entstand nicht erst durch das desaströse Resultat bei den Bundestagswahlen. Das Ergebnis machte die innere Verfasstheit lediglich sichtbar. Wenn die Partei sich nicht im klaren ist, wofür sie steht und was ihr Zweck ist, wissen dies auch nicht die Wähler. Warum sollen sie ihre Stimme einer Partei geben, deren vordringlichstes Interesse darin zu bestehen scheint, mit SPD und Grünen eine Regierung bilden zu wollen? Dass diese Vorstellung offenkundig in der Führung und unter den Mandatsträgern dominiert, ist weder dem Wirken einzelner Genossinnen und Genossen zuzuschreiben noch das Resultat einer einzigen falschen Entscheidung. Es ist Folge einer jahrelangen, jahrzehntelangen Entwicklung. Wann dieser Prozess einsetzte, und wer ursächlich dafür verantwortlich zeichnet, lässt sich sowenig beantworten wie die Frage, ob der Realsozialismus nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 oder mit dem Prager Frühling 1968 hätte gerettet werden können. Wir wissen es nicht.

### **Alles auf den Prüfstand**

Wir kennen jedoch die demokratischen Spielregeln. Wir haben uns auf sie eingelassen, wie wir eben auch die gesellschaftliche Realität zur Kenntnis nehmen müssen, ob uns diese nun gefällt oder nicht. Schon Bismarck wusste und handelte entsprechend: „Wir müssen mit den Realitäten wirtschaften und nicht mit Fiktionen.“ Zu den demokratischen Spielregeln gehört es, dass nach einer krachenden Niederlage alles auf den Prüfstand gestellt werden muss. Die kritische Selbstbefragung schließt Personalien zwingend mit ein. Denn wenn alle Verantwortlichen im Amt bleiben, bleibt auch sonst alles beim alten. Es genügt nicht, Kreide zu fressen und Besserung zu geloben. Aus einem mit politischem Mandat ausgestatteten Saulus ist bislang noch nie ein Paulus geworden. Das war eine biblische Legende.

Das Maß der Mitverantwortung ist bei jedem Parteimitglied unterschiedlich groß, am größten aber bei jenen, die die Partei führen. Der Bundesgeschäftsführer zum Beispiel trägt eine größere Verantwortung für Wahlstrategie und inhaltliche Ausrichtung der Partei als ein einfaches Parteimitglied - man kann sagen: eine entscheidende. Ansagen der Parteivorsitzenden finden eine höhere Verbreitung als die Meinung einer Basisgruppe; was in der Bundestagsfraktion gesagt wird, besitzt eine andere Wirkung als etwa eine Erklärung des Ältestenrates. Deshalb denke ich, dass ein Neustart nicht ohne personelle Konsequenzen erfolgen kann. Der Parteitag im Sommer in Erfurt ist nach meiner Überzeugung dafür die letzte Chance, es wird keine weitere geben.

In der Partei, aus der ich komme, kursierte die Losung von der Einheit von Kontinuität und Erneuerung, wobei jedermann und jedefrau sah, dass die Erneue-

rung allenfalls Phrase war, um die Stagnation zu verdecken. Wohin dies am Ende führte, wissen wir alle. Marx irrte vielleicht doch, wenn er - Hegel zitierend - meinte, dass sich Geschichte zweimal zu- trüge, „das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce“. Auch wenn sich Geschichte in Wahrheit nicht wiederholt, sind Analogien nicht völlig von der Hand zu weisen. Nach meinem Eindruck scheinen sich in unserer Partei bestimmte Prozesse zu wiederholen. Die SED ging zugrunde, weil die Führung selbstgefällig und arrogant, unbeirrt und unbeeindruckt ihren Kurs verfolgte und ignorierte, was die kritische Basis daran anstößig fand. Damit zerstörte diese Führung objektiv die Partei von oben. Das Ende ist bekannt. Am Ende meiner Tage fürchte ich die Wiederholung. Die politischen Folgen des Scheiterns vor mehr als 30 Jahren können wir im Osten Deutschlands besichtigen. Die Folgen des Scheiterns der Linkspartei werden ganz Deutschland und die europäische Linke insgesamt treffen. Das eine wie das andere ist irreparabel. Dessen sollten wir uns bewusst sein! Wir tragen darum eine große Verantwortung - jede Genossin, jeder Genosse und die Partei als Ganzes.

Als Vorsitzender des Ältestenrates war ich mir immer dieser Verantwortung bewusst. Wir haben gemäß der Bundessatzung der Partei gehandelt: „Der Ältestenrat berät aus eigener Initiative oder auf Bitte des Parteivorstandes zu grundlegenden und aktuellen Problemen der Politik der Partei. Er unterbreitet Vorschläge oder Empfehlungen und beteiligt sich mit Wortmeldungen an der parteiöffentlichen Debatte.“ Allerdings musste ich, mussten wir erleben, dass unsere Vorschläge und Empfehlungen ohne sichtbare Wirkung blieben, weshalb ich wiederholt auch öffentlich die Frage stellte, ob es dieses Gremiums überhaupt bedarf. Wir waren augenscheinlich überflüssig und lästig, was die Ignoranz deutlich zeigte. Unsere Erfahrungen brauchte niemand.

### **In westdeutscher Hand**

Natürlich gibt es - wie in jeder Familie - auch in unserer Partei einen Generationenkonflikt. Die Neigung der

Nachwachsenden, den Rat der Alten als Belehrung oder Bevormundung zu empfinden, ist mir nicht fremd: Ich war schließlich auch einmal jung. Zu diesem Konflikt kommt auch noch der der unterschiedlichen Herkunft. Wer im Osten geboren und aufgewachsen ist, hat eine andere Sozialisation erfahren als die Genossinnen und Genossen aus dem Westen. Sozialisation schließt ein: Bildung, Sprache, Umgangsformen, Mentalität, Erfahrung, Stabskultur ... Das alles schwindet mit den Jahren, wie deren Träger auch verschwinden. Es wirkt jedoch nach. Über Generationen. Die Ostdeutschen, auch das muss gesagt sein, sind nicht die besseren Menschen. Sie sind anders. Das sollte sowohl in der Partei selbst als auch in ihrer politischen Arbeit bedacht werden. Geschieht das nicht, erhält man - wie jüngst geschehen - bei Wahlen die Quittung. Bundestagswahlen gewinnt man nicht im Osten, aber man verliert sie dort.

Ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, dass auch die Partei wie seinerzeit das östliche Land inzwischen in westdeutscher Hand ist. Ihre Vertreter und Verbündeten geben den Ton an. Wie im Staat gibt es keine Einheit, ich nenne den Zustand Zweiheit. Und das scheint nunmehr auch in der Partei der Fall zu sein. Ja, ich weiß, die Zusammensetzung der Partei hat sich geändert, viele junge Leute aus West wie Ost sind hinzugekommen. Sie kommen vornehmlich aus Städten und nicht vom Lande, haben andere Bedürfnisse und Interessen als wir damals, als wir in ihrem Alter waren. Um so wichtiger ist, dass wir ihnen bewusst machen, aus welcher traditionsreichen Bewegung ihre/ unsere Partei kommt, was ihre Wurzeln sind und wofür Generationen gekämpft haben: nämlich nicht für die Stabilisierung des kapitalistischen Systems, sondern für dessen Überwindung.

Und den Charakter des Systems erkennt man nicht mit Hilfe des Ausschnittdienstes und der sogenannten sozialen Medien, sondern aus Theorie und Praxis und deren Verbindung. Ich scheue mich deshalb nicht, eine systematische politische Bildungsarbeit in der Partei zu fordern. Natürlich ist das kein Allheilmittel,

### **Linkes Blatt**

#### **Impressum:**

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Anja Krimmling-Schoeffler/  
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 250 Exemplare

#### **Spende erbeten**

Endredaktion dieser Ausgabe:  
10.02.2022  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 10.03.2022



aber nützlich, um die Welt zu erkennen und zu bestimmen, was die Aufgabe der Partei ist. Auch wenn deren Zustand im steten Wandel begriffen ist, ändert sich der Charakter der Klassengesellschaft nicht. Lautmalerei, Anglizismen und Gendern oder der Kampf gegen die Klimakatastrophe überwinden die sozialen Gegensätze in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nicht. Das vermeintliche Verschwinden des Industrie-proletariats hat doch die Arbeiterklasse nicht ausgelöscht. Die Sozialforschung spricht inzwischen vom Dienstleistungsproletariat, und meint jene abhängig Beschäftigten, die für wenig Geld arbeiten müssen, um zu existieren: Krankenschwestern und Pfleger, Verkäuferinnen im Supermarkt und Außendienstmitarbeiter in Logistikunternehmen, Angestellte bei der Post, im Handel, in der Gastronomie und im Tourismus und so weiter. Sie machen laut jüngsten Untersuchungen inzwischen bis zu 60 Prozent der Beschäftigten aus und sind kaum gewerkschaftlich organisiert. Sie sind ebenso Arbeiterklasse wie die etwa 18 Prozent in Industriebetrieben Tätigen. Diese nahezu vier Fünftel der Gesellschaft kommen in der Wahrnehmung unserer Partei kaum vor. Es ist ja keine Klasse, keine Mehrheit, nur eine Randerscheinung ...

### **Kampf um den Frieden**

Nicht weniger gefährlich ist diese absurde Äquidistanz zur Außenwelt. Man kann nicht zu allen Bewegungen und Staaten den vermeintlich gleichen ideologischen Abstand halten. Wer in das gleiche Horn stößt wie die

kapitalistischen Kritiker Russlands und Chinas, Kubas, Venezuelas usw. macht sich objektiv mit ihren erklärten wirtschaftlichen und politischen Gegnern gemein. Wollen wir ihnen im Kalten Krieg behilflich sein beim Anrichten eines Scherbenhaufens wie in den Staaten des arabischen Frühlings, in Afghanistan, in der Ukraine und in anderen Staaten, wo die Geheimdienste und die Militärmaschinerie des Westens wüteten? Natürlich sollen wir nicht alles gutheißen, was in anderen Ländern geschieht. Aber bei unserer Beurteilung ist es nicht nur nützlich, sondern auch nötig, die Perspektive der anderen einzunehmen. Im Kampf um den Frieden darf es keine Neutralität geben. Der christlich-europäische Kulturkreis, aus dem wir ebenso kommen wie Karl Marx und der ganze Kapitalismus, kann nicht die Elle sein, mit der wir die Welt vermessen. Es gibt Kulturvölker, die uns Jahrtausende voraus sind. Und es gibt Prioritäten, die auch Willy Brandt setzte: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.

Liebe Susanne, liebe Janine, ich kann versprechen, Euch künftig mit Schreiben wie diesem zu verschonen. Meine Kraft ist aufgezehrt, ich kann nur auf die Enkel hoffen, die es besser ausfechten. Da schwingt Hoffnung mit. Und die stirbt bekanntlich zuletzt.

Berlin, 17. Januar 2022

In solidarischer Verbundenheit

Hans Modrow

### **Onlinestammtisch mit Petra Sitte - Linke Opposition zur Ampelregierung**

Die Verhältnisse im Bundestag haben sich geändert. Die große Koalition unter Merkel wurde durch eine neoliberale FDP-Regierung mit grün-rosa Anstrich ersetzt. Die Fraktion der LINKEN ist nur knapp eingezogen und die Oppositionsarbeit wird nun auf weniger Schultern verteilt. Wir fragen nach bei Petra: Wie ist unsere Fraktion in die neue Legislatur gestartet? Wie wird sich die Arbeit als Opposition zur Ampel verändern und welche Strategien verfolgt die LINKE um ein sozial-ökologischen Wandel aus dem Parlament heraus zu unterstützen?

Also nehmt euch ein Heiß- oder Kaltgetränk eurer Wahl und setzt euch zu uns an den digitalen Tresen. Wir wollen wie gewohnt in entspannter und offener Atmosphäre ins Gespräch kommen und heißen ausdrücklich auch interessierte Menschen willkommen, die noch keine Parteimitglieder sind.

**Wann: Donnerstag 24.02.2022 um 18 Uhr**

Zoom-Meeting beitreten

<https://zoom.us/j/95102533368?pwd=bFlpbnhvK1Y5THRZzFYblBjVVVFUT09>

Meeting-ID: 951 0253 3368

Kenncode: 772648

## Aus der letzten Stadtratssitzung am 26.01.2022

Auf der Tagesordnung standen ursprünglich die Tagesordnungspunkte „Neufassung der Geschäftsordnung“, „Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat“, die Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle für die Schuljahre 2022/23 bis 2026/27 und das Abfallwirtschaftskonzept für die Stadt Halle. Ursprünglich heißt, dass diese Beschlussvorlagen durch die Stadträte noch immensen Diskussionsbedarf haben und in den Ausschüssen noch nicht endgültig verabschiedet wurden. In der nächsten Sitzung des Stadtrates werden wir sicher ein paar Vorlagen dann zur Abstimmung bringen können.

In der Einwohnerfragestunde wurden u.a. zur Abfallwirtschaft Fragen gestellt, ganz konkret ging es um Sperrmüllentsorgungen, die man einführen könne. Herr Rebenstorf, Beigeordneter, verwies darauf, dass Bürger:innen eine kostenlose Sperrmüllentsorgung anmelden können und lud den Bürger zur Videokonferenz ein. Auch die Bewegung Halle trat in der Einwohnerfragestunde auf. Sie möchten ein Bürgerforum, in dem man sich austauschen kann und übergeben Unterschriften für einen Einwohnerantrag zum Thema „NEIN zum Zusammenbruch der Gesundheitsfürsorge für die Einwohner der Stadt Halle! NEIN zum Impfwang im Gesundheitsbereich der Stadt Halle! Nein zur allgemeinen Corona- Impfpflicht!“ (Hinweis: Einwohneranträge kann man nur zu Belangen stellen, die die Kommune betreffen. Dazu wird es im nächsten Stadtrat sicher nochmals Hinweise geben.)

Im Bericht des Bürgermeisters verurteilte er den Angriff auf die Moschee in Halle-Neustadt und verwies auf die stattfindende Kundgebung (an der auch Stadträte unserer Fraktion teilnahmen.). Er teilte u.a. mit, dass Halle im kommenden Jahr Host Town für die „Special Olympics“ sein wird.

Elisabeth Nagel wurde dann als Stadträtin vereidigt. Josephine Jahn hat ihr Mandat niedergelegt. Liebe Elisabeth, sei (wieder) herzlich in unseren Reihen willkommen und ein herzliches Dankeschön, liebe Josephine, für Deine Arbeit bei und mit uns.

Als neue sachkundige Einwohnerin im Rechnungsprüfungsausschuss wurde Patricia Fromme gewählt. Herzlich willkommen bei uns!

Zustimmung gab es in der Stadtratssitzung- auch von unserer Fraktion- zum Beschluss „Variantenverzicht und Baubeschluss „Maßnahmen zur Schadens-

behebung der Auswirkungen des Hochwasserereignisses am Osendorfer See im Juni 2013-Wiederherstellung Böschungen und Regattastrecke“. Der See soll in Zukunft wieder dem Rudersport zugänglich gemacht werden; vor allem nationale Regattasportwettkämpfe sollen wieder stattfinden. Durch das Hochwasser sind Sedimente in den See gekommen, die nun entfernt werden müssen, um für den Wassersport nutzbar zu sein. Es gibt Hinweise, dass das Folgen für das Ökosystem hat. Dennoch haben wir vor allem in Hinblick auf die sportlichen Aktivitäten, zugestimmt. Eine regelmäßige Berichterstattung zu den Maßnahmen soll im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung erfolgen.

Beschlossen wurde im Stadtrat der Bebauungsplan Nr.200 Dörlau, Wohngebiet Salzmünder Straße-Beschluss zur öffentlichen Auslegung. Damit können jetzt Bürger\*innen Einblick in diese Unterlagen nehmen und Meinungen und Einwände äußern. Unsere Fraktion hat generell mit einem Wohngebiet auf dieser Fläche Probleme und hat das zum wiederholten Male geäußert. Hier wird eine Fläche versiegelt, eine Fläche, die wertvolle Ackerfläche ist! Eine weitere Kritik war auch, dass Wohnraum geschaffen wird an einem Ort, der derzeit noch nicht gut an den ÖPNV angebunden ist. Fahrten mit dem Auto sind vorprogrammiert und damit werden unsere Klimaziele wieder einen Schritt rückwärts gelenkt. Wir haben diesem Vorhaben nicht zugestimmt.

Unser Antrag zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Städtekoalition „Cities for Digital Rights“ wurde in einer leicht veränderten Form angenommen. Wir haben den Antrag so geändert, dass die Stadt Halle jetzt prüfen kann, ob die Prinzipien der Deklaration in Halle schon erfüllt werden und darauf beruhend sollte eine Mitgliedschaft geprüft werden. Die Vorteile für die Stadt Halle in diesem Bündnis liegen in der Kommunikation und im Austausch von Informationen im Bereich der Digitalisierung; insbesondere geht es um den Schutz von Menschenrechten, der Verbesserung der Lebensbedingungen und der Förderung von Demokratie.

Unser „Antrag zur Erweiterung des Grillplatzes am Anhalter Platz“ wurde zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung verwiesen.

Ute Haupt

## Mietspiegel anpassen - Mieterhöhungen verhindern!

In den letzten Jahren wurde in Halle immer wieder kontrovers über die Einführung eines Mietspiegels gestritten. Zuletzt wurde er gegen unseren Widerspruch im Stadtrat angenommen. Wir haben damals dagegen argumentiert, bis zu 200.000 Euro in die Ausarbeitung eines Mietspiegels zu investieren, der eine drohende flächendeckende Verteuerung nach sich ziehen würde. Natürlich klingt ein Mietspiegel erst einmal erheißungsvoll. Er verspricht Fairness durch Vergleichsmieten, die Mieter:innen und Vermieter:innen dann jeweils als Argument für oder gegen eine Mieterhöhung ins Feld führen können. Aber er hat einige strukturelle, durch die Bundesgesetzgebung vorgegebene Schwächen, die sich kaum ausbügeln lassen. Zum einen werden nur die Mietverträge der letzten sechs Jahre berücksichtigt. Ältere Bestandsmieten, die oft günstiger sind, fließen nicht in die Berechnung mit ein. Zum anderen gibt es verschiedene Kriterien, die als Preistreiber funktionieren. Für ersteres ist allein der Bund verantwortlich, der den Mietspiegel mit seinen Schwächen bundesweit vorgegeben hat. Letzteres ist aber ein Problem, welches bei dem von der Stadtverwaltung vorgelegten Mietspiegel auftritt und

deshalb geändert werden muss, wofür wir uns zurzeit in den Ausschüssen einsetzen.

Denn ein massiver Preistreiber ist die Berücksichtigung der Wohnungslage. Wer also in einer möglicherweise beliebteren Gegend wohnt, dessen Vergleichsmieten werden besonders hoch angesetzt.

Für Halle bedeutet das, dass die gesamte Innenstadt deutlich höhere Vergleichsmieten aufweisen soll. Die Folgen sind klar: Noch weniger ärmere Menschen könnten in der Innenstadt leben und es wird zunehmend Stadtteile geben, in denen sich auch Durchschnittsverdiener:innen keine Wohnung mehr leisten können. Die soziale Segregation, die in Sonntagsreden bedauert wird, würde damit eine weitere Steigerung erfahren. Damit wären auch alle Beschlüsse hinfällig, mit denen der Stadtrat genau dieser Entwicklung entgegentreten wollte. Darüber hinaus gibt es weitere Kriterien im Mietspiegel-Entwurf, die die Vergleichsmieten unnötig in die Höhe treiben.

Als Fraktion versuchen wir deshalb, Transparenz herzustellen und setzen uns dafür ein, dass aus dem Mietspiegel kein Blankoscheck für Vermieter:innen wird!

## Minijob-Ausweitung: Für Halle kein Grund zum Feiern

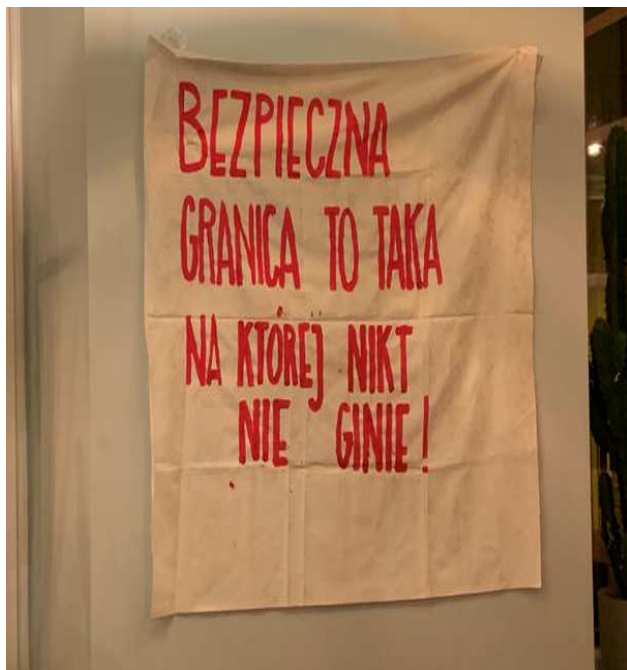
Zur Erhöhung der Minijob-Grenze von 450 Euro auf 520 Euro erklärt der Stadtvorstand von DIE LINKE Halle:

„Die Ampel feiert sich dafür, die Minijob-Grenze anzuheben und tut so, als hätte diese Politik tatsächlich etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. Aber das Gegenteil ist der Fall: Minijobs und andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse ebnen keinesfalls den Weg in eine sozialversicherungspflichtige Festanstellung. Es kommt immer wieder dazu, dass Menschen entlassen und dann zu Minijob-Konditionen wieder eingestellt werden. Natürlich ist es für Arbeiter:innen besser, 520 Euro als 450 Euro zu verdienen. Aber jede Ausweitung der Minijobs wird dazu führen, dass Arbeitgeber:innen lieber auf dieses Beschäftigungsverhältnis ohne Abgaben und Verpflichtungen setzen werden. Gerade vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in Halle 3.684 Aufstocker:innen leben, deren Dumping-Löhne dadurch vom Staat subventioniert

werden, muss der Fokus auf dem Ausbau von gut bezahlten Festanstellungen liegen. Die Ampel ignoriert die massive und berechtigte Kritik der Gewerkschaften und sorgt dafür, dass zu der nicht ausreichenden Mindestloohnerhöhung direkt ein Geschenk für die Reichen mitgeliefert wird.“



## Polen ist für Schutzsuchende nicht sicher!



(Eine sichere Grenze ist eine, an der keine Menschen sterben müssen!)

### #nobordersdelegation

Nach zahlreichen Berichten über katastrophale Zustände für Geflüchtete startete vom 14. bis 16. Januar eine Gruppe Abgeordneter der LINKEN aus Europaparlament, Bundestag und mehreren Landtagen gemeinsam mit Aktivisten der Geflüchtetenarbeit und begleitet von einigen Journalist:innen als #nobordersdelegation nach Polen.

### Haftlager

Für Schutzsuchende, die Polen über die belarussische Grenze erreichen, gibt es seit Ende des Sommers 2021 im wesentlichen zwei Optionen: Push-Back nach Belarus oder Inhaftierung in einem der 8 Haftlager, in denen insgesamt 2000 Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten werden: Menschen werden, gezwungen in Zimmern mit 20 Menschen zu leben, haben keinen Zugang zu Rechtsberatung, Kommunikationsmitteln, Öffentlichkeit. Auch die medizinische Versorgung ist unzureichend, von psychologischer Hilfe ganz zu schweigen. Niemand kann genau sagen, wer, wie lange und warum dort einsitzt. Und vor allem: Auch die Betroffenen wissen weder was mit ihnen passiert, noch was mit ihrer Familie geschehen ist. Ob sie leben, wo sie sind,

ob sie sie wieder sehen. Anwält:innen und Abgeordnete schilderten einen der häufigsten Inhaftierungsgründe: Wenn die Menschen angeben, nach Deutschland weiterreisen zu wollen.

### Sperrzone entlang der Grenze

Noch grausamer und vor allem gefährlicher ist die Situation im Grenzgebiet zu Belarus: Bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt sitzen Schutzsuchende seit Wochen und Monaten in den Wäldern und Sümpfen entlang der 400 Kilometer langen Grenze fest ohne Zugang zu Nahrung, Wasser oder medizinischer Versorgung. Die polnischen Behörden haben das Grenzgebiet zur Sperrzone erklärt, behaupten eine Notlage und lassen weder humanitäre Nothilfeorganisationen noch medizinisches Personal oder unabhängige Presseberichterstatter:innen passieren. Von NGOs ganz zu schweigen. Diese Notlage ist ein zentraler Punkt: Sie ist die politische Erzählung der Rechten - nicht nur in Polen- und sie dient als Legitimation für die Aussetzung von Menschenrechten, EU-Recht und Pressefreiheit im Grenzgebiet und den Ausnahmezustand, in dem die ca. 200 000 Menschen, die in diesem Gebiet wohnen und leben ausgeliefert sind.

Menschen auf der Flucht, die v.a. aus Kriegs- und Krisengebieten wie Irak, Syrien, Afghanistan, dem Jemen oder dem Iran kommen, werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit sich selbst (und der illegalisierten Hilfe der Engagierten) überlassen. Kälte und Hunger sind dabei nicht die einzigen Gefahren: Militär, Grenzpolizei und rechte paramilitärische Bürgerwehren machen dort regelrecht Jagd auf Menschen. Mindestens 21 Menschen sind bisher in diesem Grenzgebiet gestorben, darunter auch Kinder. Uns wurde immer wieder von schweren Verletzungen und Misshandlungen bei Geflüchteten, die im Wald gefunden werden konnten, berichtet. Ärzte ohne Grenzen musste sich Anfang Januar aus dem Grenzgebiet zurückziehen, weil sie von den polnischen Behörden wiederholt daran gehindert wurden, Menschen zu helfen.

### Engagement vor Ort

Wir haben NGOs getroffen, die sich eigentlich mit Integration beschäftigen, mittlerweile aber humanitäre



Hilfsarbeit leisten. Wir sprachen Anwält:innen, die versuchen, die Schutzsuchenden zu erreichen und für die Wahrung ihrer Rechte kämpfen. Wir trafen Abgeordnete der drei linken Parteien Razem, Nowa Lewica (Neue Linke) und Zeloni (Grüne) und Aktive des Netzwerks Grupa Granica. Sie beschrieben die politische Atmosphäre und Stimmung in Polen, die - ähnlich dem Diskurs in Deutschland - eine Notsituation beschwört, die keine ist: Polen wird nicht von Migrant:innen angegriffen. Polen muss nicht fürchten, durch Migration destabilisiert zu werden. Polen hat kein objektives Problem, Menschen menschwürdig zu versorgen und unterzubringen. Aber Polen hat eine rechte Regierung, die alles daran setzt, diejenigen, die sie als Feinde begreift, zu bekämpfen und so eine humanitäre Notlage für Geflüchtete erzeugt, die es in der Europäischen Union schlichtweg nicht geben dürfte. Anna Gorska, eine unserer Gesprächspartnerinnen von Razem, formulierte die linke Antwort auf das rechte Narrativ Polen und die EU würden angegriffen: „Lukaschenko behandelt diese Menschen als Waffen. Es wäre die Aufgabe der EU dafür zu sorgen, dass er sie nicht als Waffen gebrauchen kann und sie endlich in Sicherheit zu bringen.“ Und: „In Polen gibt es keinen Notstand der Migration, es gibt einen Notstand der Menschlichkeit.“

### **Fluchthilfe? Menschlichkeit!**

Überwältigend war es für uns, Menschen zu treffen, die der Sperrzone, Einschüchterung und Kriminalisierung durch die polnische Regierung zum Trotz Menschen aus dem Wald retten. Es sind unterschiedliche Menschen, ältere wie jüngere mit ganz unterschiedlichen Professionen und Bezugspunkten. Es sind - wie bei all unseren Gesprächen - auffällig viele Frauen und Menschen, die unmittelbar in der Grenzregion und in der Zone leben, die den größten Anteil an der konkreten Fluchthilfe haben. Die wenigsten sind zuvor linke Aktivist:innen gewesen. Was sie eint: Sie alle schilderten, dass sie keine bewusste Entscheidung gefällt haben, sondern keine andere Wahl: Entweder sie holen die Menschen aus dem Wald, oder sie lassen sie dort sterben. Sie alle, ob Anwältin, NGO-Vertreterin oder Fluchthelferin tun das, was eigentlich die Aufgabe der EU wäre. Sie alle werden - wie die Schutzsuchenden - von eben dieser EU nicht nur allein gelassen - ihre Arbeit wird auch von der EU torpediert.

### **Europäische Werte**

Obwohl zahlreiche Verletzungen des Vertrages über die Europäische Union, Flüchtlingskonvention und Völkerrecht klar belegt sind, stärkt die EU den Kurs der polnischen Regierung und fördert mittlerweile sogar den Bau einer Mauer entlang der Grenze zu Belarus.

Das verweist darauf, was die Situation in Polen eigentlich mit uns und mit Ländern wie Sachsen-Anhalt zu tun hat. Die humanitäre Katastrophe für Geflüchtete in Polen ist der Preis, den Länder wie Deutschland bereit sind zu zahlen, solange die Menschen nicht hierher kommen. Exakt das ist der Kern der europäischen Asylpolitik. Was geschehen müsste, liegt eigentlich auf der Hand: Schutzsuchende aus der Sperrzone müssen evakuiert werden, es braucht ein Aufnahmeprogramm auch aus Sachsen-Anhalt, nach Polen dürfen keine Menschen mehr abgeschoben werden.

Die EU muss die illegalen Push-Backs stoppen, die Haftzentren schließen und ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen einleiten. Genau das haben wir als Landtagsfraktion im Januar thematisiert und auf die Landesebene heruntergebrochen beantragt.

Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD (!) und natürlich der AfD abgelehnt.

### **Druck machen!**

Auf europäischer Ebene und auf Bundesebene werden wir alle parlamentarischen Mittel nutzen, um Druck zu erzeugen.

Klar ist aber - nicht nur mit Blick auf unsere parlamentarische Stärke: Es braucht unser Engagement auf allen Ebenen, um Aufmerksamkeit auf diese Ungerechtigkeit und Grausamkeit zu lenken, es braucht auch hier Initiativen wie die Seebrücke, es braucht Kreativität und Solidarität. Vor Ort brauchen Helfende vor allem Geld für Autos, die im letzten Tieflandurwald Europas fahren können, sichere Häuser, Handys, Kommunikationsmittel und Aufmerksamkeit.

Wir sind froh, dass wir ihre Arbeit mit Hilfe der Spenden unterstützen konnten und zu internationaler Aufmerksamkeit beitragen konnten.

Danke allen, die das möglich gemacht haben!  
Einen ausführlichen Reisebericht findet ihr auf [www.henriette-quade.de](http://www.henriette-quade.de)





**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im  
Monat Februar Geburtstag haben.**



## **Gerhard Trabert - der linke Präsidentschaftskandidat!**

Bei demokratischen Wahlen sollte es stets eine solidarische, soziale und progressive Alternative geben. Nach diesem Motto hat man mit der Aufstellung des Sozialmediziners Gerhard Trabert zur Wahl des Bundespräsidenten gehandelt. Trabert steht dabei perfekt für die Werte der Partei DIE LINKE. Als „Arzt der Armen“ setzt er sich für die Behandlung wohnungsloser Menschen ein, die fast immer aus allen Versicherungsstrukturen herausfallen und kaum wieder hereinkommen. Auch für die medizinische Versorgung von Geflüchteten hat er sich stark gemacht und in der Corona-Krise betont, dass Gesundheit nicht nur eine „rein medizinische“, sondern eben auch eine soziale Frage ist. Arme sterben häufiger an Corona, werden generell öfter krank und haben eine geringere Lebenserwartung. Das liegt nicht an ihrem individuell gewählten Lebensstil, sondern daran, dass man auch in einem reichen Land wie Deutschland gesünder ist, wenn man die notwendigen Ressourcen und das bessere Umfeld dafür hat: Mehr Geld, weniger Stress, bessere Versorgungsleistungen. Die soziale Krise trifft hier auf ein Gesundheitssystem, welches auf Profit

ausgerichtet ist. In einer sozial gerechten Gesellschaft könnten wir alle, aber vor allem natürlich die Ärmsten, deutlich gesünder sein. Darauf will der engagierte Hochschullehrer Trabert, der zu dem extrem aussichtsreichen Konsens-Kandidaten Steinmeier und Otte, dem Kandidaten der rechtsextremen AfD, antritt, mit seiner Kandidatur hinweisen. Der Erfolg des Präsidentschaftskandidaten, der zwar nicht Mitglied der LINKEN, aber ohne Zweifel links ist, hängt also weniger vom Wahlergebnis der Bundesversammlung ab, sondern davon, wie viel Bereitschaft es gibt, seine Punkte aufzunehmen. Es muss endlich und zentral über die Ungleichheit zwischen Arm und Reich, prekäre Beschäftigung, Wohnungslosigkeit, Versorgungslücken und einen Sozialstaat gestritten werden, der seinen Namen nicht mehr verdient. Als LINKE müssen wir diese Themen nicht nur weiterhin besetzen, sondern unsere klaren Standpunkte auch vertreten: Millionen Menschen leiden unter bitterer Armut und es wird ignoriert, gerade in Zeiten der Preissteigerung. Das ist ein Skandal, der jeden Tag benannt und bekämpft werden muss.

### **Gedenken an Martha Brautzsch**

Am 9. März auf dem Südfriedhof, Treffpunkt  
11 Uhr Eingang Huttenstraße, gemeinsam gehen  
wir an das Grab.

### **Gedenken an den Kleinen Trompeter**

Am 11. März um 14 Uhr treffen wir uns am  
Riveufer, Höhe Burgstraße um dem Kleinen  
Trompeter zu gedenken.

### **Gedenken an Karl Meseberg**

Am 13. März ist der Todestag von Karl  
Meseberg. Dies wollen wir zum Anlass nehmen,  
um an seinem Grab ihm zu gedenken und im  
Anschluss gemeinsam über die Hafentrasse  
zur Mesebergbrücke zu spazieren. Treffpunkt ist  
11 Uhr am Südfriedhof, Eingang Huttenstraße.

### **Gedenken an die Märzgefallenen**

Am 20. März finden wir uns zum Gedenken der  
Märzgefallenen ab 11 Uhr auf dem Friedhof  
Ammendorfein.

# + + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 27. und 28.01.2022

Zur 6. Sitzungsperiode des Landtages standen wieder zahlreiche Themen auf der Tagesordnung, über die am 27. und 28. Januar debattiert und abgestimmt wurde.

## #vereidigt

### Neu gewählte Richterinnen und Richter des Landesverfassungsgerichtes vereidigt

Im Dezember 2021 hatte der Landtag von Sachsen-Anhalt die neuen Mitglieder des Landesverfassungsgerichtes und deren Vertreterinnen und Vertreter gewählt. Mit der Vereidigung kann das höchste Rechtssprechungsorgan des Landes in neuer Zusammensetzung seine Arbeit aufnehmen. Präsident des Landesverfassungsgerichtes ist Dr. Uwe Wegehaupt. Wir freuen uns, dass aus den Reihen der Partei DIE LINKE Dr. Detlef Eckert aus Halberstadt erneut ins Amt gewählt wurde. Als Vertreterin wurde Dr. Birke Bull-Bischoff aus Halle gewählt. Wir gratulieren ganz herzlich und wünschen eine erfolgreiche Arbeit.

## #aktuell debattiert

### Verbraucherpreise, Energieversorgung, internationale Politik

Gleich zwei aktuelle Debatten sowie weitere Anträge befassten sich mit dem Thema Energie.

Die Explosion der Energiepreise und ihre sozialen Auswirkungen auf Verbraucherinnen und Verbraucher rückte die Fraktion DIE LINKE als einzige Fraktion in den Mittelpunkt der Debatten. Dabei hatten wir bereits mit unserem Antrag im November prognostiziert, dass es zu Jahresbeginn zu einem neuerlichen Anstieg der Energiepreise kommen würde.

„Für viele Familien mit geringem Einkommen sind die Preissteigerungen überhaupt nicht mehr bezahlbar. Hier wird Energie zum Luxusgut, das sich nur noch Gutverdienende leisten können, während immer mehr Menschen im Kalten sitzen müssen“, schilderte die Sprecherin für Energie und Verbraucherschutz Kerstin Eisenreich die Situation vieler Menschen und

forderte daher im Namen der Fraktion DIE LINKE soziale Garantien des Sozialstaates! „Andere Länder, wie Frankreich, Spanien, Italien, Tschechien haben bereits seit Oktober Maßnahmen zur Entlastung der Verbraucher\*innen umgesetzt bzw. angekündigt. Aber Deutschland kommt weder auf Bundes- noch Landesebene aus dem Knick und lässt die Menschen im Stich.“ Verschiedene Maßnahmen müssen kurz- und langfristig umgesetzt werden. DIE LINKE fordert eine direkte Zahlung von 200 Euro pro Person in einkommensschwachen Haushalten kurzfristig als notwendiges Minimum. Mittelfristig müssten die Sozialleistungen erhöht werden. Eisenreich kritisierte: „Die Erhöhung des Satzes für Bezieher\*innen von Leistungen nach SGB II um 3 Euro hat doch keinerlei entlastenden Effekt. Sie ist verantwortungslos.“ Der Maßnahmenkatalog ist umfangreich - vollständige Übernahme der tatsächlichen Heiz- und Stromkosten für Sozialleistungsbezieher\*innen, Steuersenkungen, z.B. bei der Stromsteuer, Verbot von Strom- und Gassperren, Deckelung des Strompreises, Abbau fossiler Subventionen, Reduzierung der Ausnahmeregelungen für stromintensive Unternehmen usw. Die sozialen Folgen hoher Energiepreise und Sicherstellung der gesellschaftlichen Teilhabe müssen dringend abgefedert werden. „Es gibt zahlreiche Stellschrauben, um die Menschen finanziell zu entlasten. Nur muss daran auch endlich gedreht werden“, forderte Eisenreich die Landesregierung zum Handeln auf. Weitere Tagesordnungspunkte befassten sich mit Sanktionen gegen Russland, der Inbetriebnahme von Nord Stream 2 und der Stromnetzstabilität mit sehr unterschiedlichen Bewertungen durch die einzelnen Fraktionen.

## #Menschenrechte

### Humanitäre Katastrophe - Schutzsuchende von der polnisch-belarussischen Grenze evakuieren

„An der polnisch-belarussischen Grenze spielt sich eine humanitäre Katastrophe ab. Bei Temperaturen

unter dem Gefrierpunkt sitzen Schutzsuchende seit Wochen in den Wäldern und Sümpfen entlang der Grenze fest - ohne Zugang zu Nahrung, Wasser oder medizinischer Versorgung. Journalist\*innen, Menschenrechtsorganisationen und Hilfsorganisationen werden von der Grenze verbannt. Die polnische Regierung hat das Grenzgebiet zur Sperrzone erklärt, behauptet eine Notlage und hat sich so einen rechtsfreien Raum unter Ausschluss der Öffentlichkeit geschaffen. Diese Notlage ist die politische Erzählung der Rechten und dient als Legitimation für die Aussetzung von Menschenrechten, EU-Recht und Pressefreiheit,“ sagte die Sprecherin für Flüchtlingspolitik Henriette Quade bei der Einbringung des Antrages der Linksfraktion. Diese Einschätzung beruht auf ihren persönlichen Erlebnissen vor Ort an der polnisch-belarussischen Grenze, die sie gemeinsam mit weiteren Landtags- Bundestags- und Europaabgeordneten der Linken bei einer kürzlichen Reise in die Grenzregion erfahren hatte.

„Mindestens 21 Menschen sind bisher in diesem Grenzgebiet gestorben, darunter auch Kinder. In der EU wird systematisch Recht gebrochen, finden schwere Menschenrechtsverletzungen statt und ist es illegal Menschen vor dem Erfrieren im Wald zu retten,“ sagte Quade weiter. Dabei kämen die Schutzsuchenden kommen aus Kriegs- und Krisengebieten wie Irak, Syrien, Afghanistan, dem Jemen oder dem Iran und hätten nach europäischem Asylrecht Aussichten auf einen Schutzstatus und selbst wenn das nicht so wäre, hätten sie das Recht auf ein faires Verfahren und die Prüfung ihres Falls. Deshalb fordert die Linksfraktion konkret, dass die Menschen so schnell wie möglich evakuiert werden und in der EU ein rechtsstaatliches Asylverfahren bekommen. Sie forderte ein Landesaufnahmeprogramm, den Stopp illegaler Push-Backs, die Schließung der Haftlager für Asylsuchende, die Wahrung der Menschenrechte und ein Ende der systematischen Rechtsverletzungen. Es dürften keine Menschen mehr nach Polen abgeschoben oder rücküberstellt werden.

Der Antrag wurde abgelehnt.

## #Pandemie und junge Menschen

### Mentale Gesundheit junger Erwachsener

In einer von der FDP beantragten Aktuellen Debatte ging es um die Folgen der Corona-Pandemie auf das

Leben junger Menschen, die nach Auffassung der antragstellenden Fraktion in der öffentlichen Debatte häufig außer Acht gelassen würde. Damit sei eine ganze Generation gefährdet, nicht nur schwer psychisch zu erkranken, sondern auch als ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft wegzubrechen.

Die gesundheitspolitische Sprecherin Nicole Anger betonte in ihrem Debattenbeitrag: „Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben sich seit Beginn der Pandemie solidarisch und verständnisvoll gezeigt. [...] Wir müssen bei jungen Menschen, egal ob sie studieren, oder sich in einer Ausbildung befinden, wie die FDP hier eng fokussiert, oder bei den Jüngeren in Kita und Schule genau hingucken.“ Die Copsy-Studie weist darauf hin, dass es durch die Pandemie zu einer Zunahme von spezifischen Sorgen, Zukunftsängsten oder Unsicherheit gekommen sei. Fehlende Kontakte zu Kommiliton\*innen, kein studentisches Leben, Verlust des Minijobs, Einsamkeit und Existenzangst treiben die jungen Menschen um. Doch nicht allein die Pandemie sei verantwortlich für die belastende Situation der jungen Erwachsenen. Sondern die Grundverantwortung trägt ein System, welches nur auf Leistungsdruck fokussiert ist, Freiräume einschränkt und Stärkung der Kompetenzen unterbindet. Bildung darf nicht der Verwertungslogik unterliegen. Ein auf Leistung und Ökonomisierung ausgerichtetes System ist für einen Teil junger Menschen eine erhebliche Belastung. Unsere Anträge zum Corona-Sondervermögen, die zu Gunsten der jungen Menschen gingen, wurden abgelehnt. Die jungen Menschen im Land sind junge Menschen und kein Humankapital.“

## #Pandemie und Beteiligung

### Solidarisch aus der Pandemie

Die Welt und Sachsen-Anhalt leben nunmehr seit fast zwei Jahren mit der Pandemie. Die Folgen sind noch immer nicht in Gänze absehbar. Erste Studien liegen hierzu vor. Allerdings wird nicht nur durch das stetig zunehmende und sich am rechten Rand radikalisierte Versammlungsgeschehen deutlich, dass die Akzeptanz der Maßnahmen und auch demokratischer Prozesse abnimmt. Umso größer ist die Bedeutung von für Menschen schlüssigen, nachvollziehbaren und gerechten politischen Maßnahmen. „Entscheidende Bedeutung für die Akzeptanz der Beschränkungsmaßnahmen, zu denen wir als Opposition grundsätz-



lich stehen, ist die Transparenz der Entscheidungen und eine Einbindung von Wissenschaftlerinnen, von Expertinnen, aber eben auch von Expertinnen in eigener Sache, nämlich Bürgerinnen und Bürgern des Landes Sachsen-Anhalt“, sagte die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern. Deshalb fordern wir mit unserem Antrag die Einberufung eines Pandemie-rates, der die kurz- wie langfristigen Folgen der Pandemie für die Menschen in Sachsen-Anhalt analysieren, Maßnahmen dagegen entwickeln und auch Präventionsstrategien entwickeln. Denn immer mehr Menschen seien verunsichert, ob die beschlossenen Corona-Maßnahmen angemessen seien und welche langfristigen Folgen sie haben könnten. Der Antrag wurde ebenso wie ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Grüne abgelehnt.

## #Pandemie und Kultur

### Kunst und Kultur sind mehr als Unterhaltung

Die Kulturlandschaft in ihrer Gesamtheit und insbesondere die Freie Kunst- und Kulturszene hat in den letzten zwei Jahren mit erheblichen Einschränkungen umgehen müssen. Der Ausfall von kulturellen Veranstaltungen aller Art brachte und bringt die Kulturschaffenden in existentielle Notlagen. Darüber hinaus ist in den vergangenen zwei Jahren nicht nur für die nachwachsende Generation ein kulturelles Vakuum in der eigenen Biografie entstanden, dessen gesellschaftlicher Schaden aktuell noch nicht in Gänze sichtbar ist. Das entstandene Defizit muss mit verstärktem Engagement des Landes aufgeholt werden. In einem öffentlichen Apell des Kulturministers im Januar bittet der Minister die Kunst- und Kulturschaffenden, sich im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsverhandlungen für die eigenen Belange einzusetzen und kulturpolitisch aktiv zu werden. Auch aus Sicht der antragstellenden Fraktion braucht es ein Gremium aus Kunst- und Kulturschaffenden, das sich in die kommenden Haushaltsverhandlungen und in die gesellschaftlichen Debatten einbringen kann, die vor uns liegen. Dem kulturpolitischen Sprecher Stefan Gebhardt zufolge müsse der Fokus auf denjenigen liegen, die gar keine Absicherung hatten, die auf Almosen angewiesen waren, die eventuell ihren freien Theaterberuf kurzzeitig an den Nagel gehängt haben. Diejenigen müssten wir motivieren, wieder künstle-

risch für uns im Land tätig zu sein, weil wir den kulturellen Reichtum, den wir seit Jahren in Sachsen-Anhalt hatten, nicht missen wollen.

Des Weiteren gehe es um die Sicherung von Kunst und Kultur als Teil der Bildung junger Menschen. Theaterbesuche, Musikschulen aber auch die Chorkulturlandschaft generell bedürfen massiver finanzieller Unterstützung des Landes.

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien sowie Kultur überwiesen.

**++ kurz berichtet ++ kurz berichtet ++**

### Wahl eines Vizepräsidenten des Landtages

Nach mehreren erfolglosen Versuchen stellte die AfD-Fraktion erneute einen Antrag auf Wahl eines ihrer Abgeordneten zum Vizepräsidenten des Landtags von Sachsen-Anhalt. Dieser fand im Parlament nicht die erforderliche Unterstützung. Damit bleibt das Präsidium des Landtages unverändert mit dem Präsidenten und zwei Vizepräsidenten besetzt.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 7. Februar 2022

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Januar 2022 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: [www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de).

Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.

### Treffen AG Wirtschaft

25. Februar 18 Uhr im "Kleeblatt". Wir wollen uns zum bevorstehenden Landesparteitag verständigen. Dieser wird am 5. und 6. März digital stattfinden und einen neuen Landesvorstand wählen.

Außerdem sende ich euch eine interessante Präsentation der SWH, die uns im Januar-Klima-Ausschuss vorgestellt wurde.

## 2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt am 5. und 6. März 2022

Wie immer wird der Parteitag live per Video im Internet übertragen. Die Zugangsdaten für die Videoübertragung findet ihr am 5. Und 6. März auf der Internetseite des Landesverbandes  
<https://www.dielinke-sachsen-anhalt.de>

**DIE LINKE. Sachsen-Anhalt  
Landesvorstand**

**10. Januar 2022**

### Leitantrag

#### an die 2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt am 5. und 6. März 2022 in Leuna

1

2 **DIE LINKE kämpft**

3

4

5 DIE LINKE wieder stark machen: Deshalb sind nach der Bundestagswahl Hunderte neu zu uns  
6 gekommen. Sie wollen Teil von etwas sein, das richtig ist. Also sagen wir selbstbewusst Will-  
7 kommen. Und machen wir gemeinsam DIE LINKE wieder stark. Wir sind die Partei der Solida-  
8 rität. DIE LINKE kämpft für Löhne und für Renten, die Sorgen nehmen, nicht Sorgen machen.  
9 Wir wollen von den Reichen mehr fürs Gemeinwohl, nicht Lobbygelder für Parteien. Wir über-  
10 lassen auch den Wessis das Kommando, die mit uns hinter dem Front-Transpi der Demo lau-  
11 fen. Wir gendern, aber vor allem sehen wir, die Würde, Freude und Schönheit jedes Menschen  
12 und wollen, dass niemand diese verächtlich macht“.

13

14 Nach den verlorenen Wahlen ist uns klar, die richtige Forderung allein, die reicht noch nicht.  
15 DIE LINKE kämpft im Parteiensystem um Sichtbarkeit, Geschlossenheit und um Vertrauen.  
16 Politische Repräsentanz wandelt sich. Zentrale Fragen der Klimagerechtigkeit werden auf der  
17 Straße mit mehr Vehemenz gestellt als in den Parlamenten. Daneben entwickelt sich Selbst-  
18 organisation gegen übermächtige Kapitalinteressen und gegen die Spardiktate der öffentli-  
19 chen Haushalte: Bundesweit versammeln sich Menschen zu Klimaprotesten, in der Mieter:in-  
20 nen- und Krankenhausbewegung und bei antirassistischen Initiativen wie „unteilbar“. Gleich-  
21 zeitig wachsen in der Pandemie Gewalt und Verschwörungstheorie. Die Parteiendemokratie  
22 wird herausgefordert durch Angriffe von rechts und Erfolge populistischer Kommunikation.  
23 Selten zuvor standen Entscheidungsträger:innen, politische Systeme und Handlungsweisen  
24 so im weltweiten Vergleich wie in Zeiten der Pandemie.

25

26 In Sachsen-Anhalt dominieren die Kämpfe um die Finanzierung von Schulen und Universitä-  
27 ten, die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum und die Aufrechterhaltung des Schulun-  
28 terrichtes. Im Parlament sind lagerübergreifende Koalitionen, wie jetzt im Bund, schon längst  
29 Alltag. Die seit der letzten Landtagswahl mit der FDP eingegangene Koalition dürfte mehr  
30 nach dem Geschmack der ostdeutschen CDU sein als die KENIA-Koalition zuvor. Entgegen

31 der erstaunlichen Wahlkampf mobilisierung ist die CDU, gerade die in Sachsen-Anhalt und im  
32 Osten generell, kein Bollwerk gegen rechts, sondern der Brückenschlag zur AfD. DIE LINKE in  
33 Sachsen-Anhalt hat dieser Augenwischerei immer deutlich widersprochen. Wir kämpfen im  
34 Land gegen die Auswirkungen von Kürzungs- und Niedriglohnpolitik und die Langzeitfolgen  
35 des Treuhandkaufschlags. Für Geringverdiener:innen ist Obst und Gemüse zum Luxusgut ge-  
36 worden, die gestiegenen Energiepreise sind für viele nicht mehr leistbar. Während andere  
37 Bundesländer die Kita kostenfrei machen, klettern die Beiträge in Sachsen-Anhalt in die  
38 Höhe.

39  
40 Unser Landesverband ist ein ostdeutscher. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt macht daher nicht nur  
41 Politik für europäischen Zusammenhalt, für globalen Frieden und Klimaschutz, sondern auch  
42 und besonders für Ostdeutschland. Der Osten bringt seine besondere Geschichte mit. Diese  
43 Geschichte wird vom Westen als Ballast angesehen, weil die vergleichende Perspektive auf  
44 zwei Systeme und die Eigentumsfrage nicht erwünscht ist. Eben dies gehört in unseren Augen  
45 zu Ostkompetenz dazu.

46  
47 Die Fundamente einer selbsttragenden Wirtschaft im Osten wurden vor 30 Jahren zerschla-  
48 gen. Nicht nur die maroden, auch die tragfähigen. Wichtige Potenziale in der Nachwendege-  
49 sellschaft wurden gezielt blockiert. Das ist mehr als ein Kratzer im Lack der deutschen Wie-  
50 dervereinigung. Eine ganze Generation fehlt im Osten. Der generelle Fachkräftemangel zeigt  
51 sich hier schon zugespitzter als in Westdeutschland. Bezahlbare Pflege und barrierefreies  
52 Wohnen und Leben werden zunehmend elementar. Mit dem notwendigen Ausstieg aus der  
53 Kohle verliert Sachsen-Anhalt die letzten Kerne der alten Bergbau-Industrie. Das geht einher  
54 mit erschwerten Bedingungen für die hiesige chemische Industrie. Der Umbau der Reviere  
55 muss daher nicht nur in mehr Grün im Landschaftspark münden, sondern auch im Auf- und  
56 Ausbau zukunftsfähiger Wirtschaft und Forschung in Sachsen-Anhalt. Die Entwicklung neuer,  
57 gut bezahlter Arbeitsplätze ist die entscheidende Größe für gelingenden Strukturwandel.

58  
59 Im Osten verfestigen sich antidemokratische und rassistische Stimmungen. Die Ablehnung  
60 der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung werden eingewoben in eine Widerstandserzählung  
61 gegen angebliche staatliche Willkür. DIE LINKE war immer Anlaufpunkt für antifaschistisches  
62 und demokratisches Engagement. Gerade auch in Regionen, wo Rechtsextreme stark waren  
63 und sind. Aus unserer Solidarität schöpfen wir Kraft und wir geben den Betroffenen rechter  
64 Gewalt Halt. Antifaschismus und Antirassismus in der LINKEN ist Teil unseres historischen  
65 und kulturellen Selbstverständnisses, ist gelebter Widerstand und Selbstermächtigung.

66

67

### 68 **Solidarität oder Ellenbogen**

69

70 Die neue Bundesregierung hat enttäuscht, bevor sie noch im Amt war: Die Steuerentlastung  
71 für Normal- und Geringverdiener:innen ist mit der FDP nicht zu machen, weil sie den Vermö-  
72 genden verpflichtet bleibt. Damit starten SPD und Bündnisgrüne mit dem Bruch eines zentra-  
73 len Wahlkampfversprechens in die Regierung. Die Pläne zur Zerschlagung der Bahn waren ein  
74 erster Testballon für die Akzeptanz erneuter Privatisierungen. Weiter geht es also im alten  
75 Modus, den wir schon aus der Coronapolitik kannten: der Staat kann solange machen, wie es  
76 den Reichen nützt. Gleichzeitig werden nun Modernisierungen des Landes angekündigt, die  
77 die konservative Union schmerzhaft lange blockiert hat. Die neue Bundesregierung will das



78 Staatsbürger- und das Wahlrecht liberalisieren, Paragraf 219a und das Transsexuellengesetz  
79 sollen endlich abgeschafft werden. Diese Koalition gibt an Freiheit mit vollen Händen aus, wo-  
80 gegen sie an Umverteilung spart. Ein Gutteil des Zuspruchs (für Grüne und Liberale) ist eben  
81 auch der Hoffnung der Wähler:innen geschuldet, man bekomme die großen Zukunftsaufgaben  
82 schon irgendwie gelöst innerhalb des kapitalistischen Systems.

83  
84 Und gerade deshalb ist es wichtig, dass wir da sind als linke Opposition, als unbestechliche  
85 soziale Kraft. Wir verteidigen jeden Schritt, der Frauen das Recht über ihren Körper gibt. Wir  
86 sind an der Seite derer, die sich ihr Selbst und ihr Leben in Widerspruch zu falschen Normen  
87 erkämpfen müssen. Wir wollen einen Staat, der die Bürgerrechte mit den Menschenrechten  
88 zusammen denkt. Aber wir wissen auch, dass Freiheit eine soziale Basis braucht, dass Zusam-  
89 menhalt auf gleichen Rechten, aber auch auf ähnlichen Lohnzetteln basiert. Demokratie zeigt  
90 in unseren Augen ihre Kraft, wenn sie allen Kindern unabhängig von den Möglichkeiten des  
91 Elternhauses die bestmögliche Bildung bietet, wenn sie Steuergerechtigkeit herstellt und den  
92 Selbstbedienungsladen ganz weit oben stoppt. Doch das alles packt die Ampel nicht an. Im-  
93 mer mehr Haushalte verlieren Einkommen und Kaufkraft, die Mittelschichten schrumpfen, so-  
94 zialer Aufstieg ist blockiert wie lange nicht. Statt eine Rentenreform anzugehen, will die Am-  
95 pel mit der Aktienrente an der Börse zocken. Dieses Ausblenden sozialer Schief lagen gilt  
96 auch für Klimaschutz und Verkehrswende, für den ökologischen Umbau der Gesellschaften,  
97 wenn der Energieverbrauch letztlich eine Frage des Preises ist.

98

99

### 100 **DIE LINKE neu justieren**

101

102 Es wird Zeit, unsere Gewissheiten zu prüfen. Und uns dabei nicht zu zerlegen, da warten an-  
103 dere nur darauf. Welche Rolle hat eine „Partei in Bewegung“, wenn Bewegungen stärker wer-  
104 den, DIE LINKE aber nicht? Warum können Solist:innen, die es doch in allen Parteien gibt, bei  
105 der LINKEN so viel Scheinwerferlicht beanspruchen? Welche Funktion hat DIE LINKE in der  
106 parlamentarischen Demokratie, die herausgefordert ist von rechts? Sagen wir Bündnispolitik  
107 „ja“, opponieren „ja“, aber regieren „jein“? Wir sind bei dieser Bundestagswahl angetreten mit  
108 Konzepten, die erst mal durchgesetzt sein wollen: Der Umbau der Krankenversicherungen zu  
109 einer Bürgerversicherung für alle. Ein Rentensystem, das den Lebensstandard auch ohne pri-  
110 vates Aktiendepot garantiert. Ein Mindestlohn, der Existenz sichert und nicht schnurstracks in  
111 die Altersarmut führt. Ein Steuerkonzept, das weit mehr ist als eine Millionärsabgabe, das um-  
112 verteilt, das vor allem mittlere und kleinere Einkommen stärkt. DIE LINKE steht nicht mit lee-  
113 ren Händen da. Aber mit leeren Versprechen, wenn Regieren per se abgelehnt wird. Die Ab-  
114 stimmung zur Evakuierungsmission aus Afghanistan ist deshalb mehr als die Frage einer  
115 Standortbestimmung, bei der es sicherlich gute Gründe für jedes individuelle Votum gab. Es  
116 geht vielmehr darum, dass wir uns in der (Bundes-)Politik etwas leisten, was in Regierungsver-  
117 antwortung für DIE LINKE undenkbar ist: Wir werten ideologische Positionen höher als die Fol-  
118 gen unserer Entscheidungen. Wenn der Kampf um die Hegemonie innerhalb der Partei wichti-  
119 ger als deren Relevanz in der Gesellschaft wird, dann verliert DIE LINKE. Das wissen wir seit  
120 Jahrzehnten, nun ist es höchste Zeit, daraus Lehren zu ziehen. Die Bundestagswahl und die  
121 vergangenen Wahlzyklen haben uns allerdings schmerzhaft gezeigt, wir verlieren und gewin-  
122 nen nur gemeinsam.

123

124 Gesellschaftlicher Wandel vollzieht sich in neuer Schnelligkeit und Komplexität, die Digitalisie-

125 rung ist mehr als technische Begleitmusik. Das Internet beeinflusst die Art, wie Menschen  
126 sich informieren, bilden und begegnen. Ganze Berufsgruppen verschwinden in der Automati-  
127 sierung, dafür wächst eine neue Dienstleistungsbranche, die der ganz alten Dienstklasse äh-  
128 nelt: Den Boten und Hausangestellten, Tagelöhner:innen und Lastenschleppern. Die Welt ver-  
129 netzt sich immer dichter, und baut gleichzeitig ihre Grenzzäune immer höher. Dieses Grund-  
130 rauschen bestimmt das Denken und Fühlen der Menschen vielleicht mehr als dass es sich in  
131 unserer Arbeit niederschlägt. Der Wandel der Arbeitswelt, die Zweifel an der Stabilität von  
132 Staatlichkeit, Wohlstand und Sicherheit, die Folgen technischer Innovation für Demokratie,  
133 Frieden und Bildung sowie industrie- und finanzpolitische Expertise gehören stärker in unser  
134 Blickfeld. Hierzu brauchen wir neue programmatische Ansätze, die auch gesellschaftliche De-  
135 batten voranbringen.

136  
137 Im Angesicht der großen ökologischen und sozialen Herausforderungen, des neuen Wechsel-  
138 spieles zwischen Zivilgesellschaft und Parlament und den Erfolgen charismatischer Politik auf  
139 der Welt erscheint die deutsche Parteienlandschaft noch vergleichsweise behäbig. Aber unter  
140 den Bedingungen immer kleinteiliger Wahlentscheidungen wird es nicht nur auf unsere Er-  
141 kennbarkeit ankommen, sondern eben auch auf Anschlussfähigkeit. Bevor wir rote Linien zie-  
142 hen, brauchen wir Verbindungen in eine Gesellschaft im Wandel. Könnten wir vielleicht nicht  
143 im Kampf für eine wirkliche Agrarwende, gesunde Lebensmittel und gerechteren Welthandel  
144 mehr für Frieden und Umweltschutz tun als mit der hundertsten Pressemitteilung zur NATO?  
145 Müssten wir nicht unsere sicherheitspolitischen Konzepte plausibler machen, gerade weil un-  
146 sere Kritik so berechtigt ist, an Geheimdiensten, die bis heute die Aufklärung zum NSU-Terror  
147 verhindern. Wieso dreht sich die Welt, aber wir bleiben stehen?

148

149

### 150 **Kräfte sammeln, Kräfte zeigen**

151

152 Heben wir wieder den Kopf und bleiben wir zusammen. Unsere Kraft wurzelt im Ehrenamt.  
153 Eine Mitgliederpartei sitzt nicht auf Informationen, sondern gibt sie weiter. Die ostdeutschen  
154 Landesverbände stehen längst vor ähnlichen Strukturfragen wie die im Westen: Mitgliederent-  
155 wicklung, Kampagnenfähigkeit, Kommunikation. Kreisvorstände kommen neu ins Amt und  
156 müssen Konflikte moderieren, die wir lange Zeit - im Osten - nicht kannten. Wir sind dankbar  
157 all denen, die Verantwortung übernehmen, im Ehrenamt, am Infostand, in den Vorständen,  
158 den Kommissionen der Partei. Und denen dankbar, die auch in der Krise standfest bleiben,  
159 die Partei vor Ort zusammenhalten. Und wir anerkennen, wenn Übergaben strukturiert wer-  
160 den und Genoss:innen neu in die Verantwortung kommen. Wir brauchen programmatische Er-  
161 neuerung und eine Parteireform, um uns gesellschaftlichen Entwicklungen stellen zu können.  
162 Mehr Kraft gehört in die Ansprache neuer Mitglieder und die Einbindung derer, die da sind.  
163 Dazu soll die Mitgliederarbeit vom zukünftigen Landesvorstand evaluiert und weiterentwickelt  
164 werden. Für die Zukunft brauchen wir auch im Landesvorstand eine:n Mitgliederbeauftragte:n,  
165 die gemeinsam mit den Mitgliederbeauftragten der Kreis- und Stadtverbände regelmäßig zu-  
166 sammentritt, sich austauscht und Formate entwickelt. Ein jährliches Mitgliedertreffen soll ge-  
167 nau so erprobt werden, wie regelmäßige Neumitgliedertreffen auf Kreis- und Stadtverbands-  
168 ebene oder auch Landesebene.

169

170 Als aktive Mitgliederpartei ermöglichen wir Diskussionsräume, Begegnung und Austausch.

171 Der Benndorfer Parteitag hat gezeigt, die Stärke der LINKEN besteht im Zuhören, darin an-

172 dere Perspektiven aufzunehmen und den ländlichen Raum zu stärken. Gerade auch in Vorbe-  
173 reitung der Kommunalwahl wollen wir dieses Format wieder aufnehmen. In den kommenden  
174 Jahren werden wir mit Werkstätten die strukturelle und programmatische Weiterentwicklung  
175 unserer Partei vorantreiben. Dabei sind die neuen Online-Formate genauso essenziell für die  
176 Mitgliederbindung wie Aktiventreffen und sollten weiterhin ergänzend genutzt werden. Für  
177 uns als sozialistische Partei war es von Anfang an notwendig zusammenzukommen und uns  
178 auszutauschen. Unsere Partei lebt vom gemeinsamen Miteinander, sei es bei Aktionen, De-  
179 monstrationen, Basis- oder Ortsverbandssitzungen, Mitgliederversammlungen, Picknicks usw.  
180 Die Corona-Pandemie hat vieles davon unterbunden, selbstverständlich wollen wir daran wie-  
181 der anknüpfen sobald dies möglich ist. Politische Bildung ist ein fester Bestandteil einer akti-  
182 ven Mitgliederpartei. Hier müssen wir wieder besser werden. Wir wollen wieder verstärkt die  
183 eigenen Potenziale im Land hierfür nutzen, aber auch auf Kompetenz der Bundesebene und  
184 unserer Partner:innen, wie etwa das Kommunalpolitische Forum oder die Rosa-Luxemburg-  
185 Stiftung stärker zurückgreifen.

186

187 Die Geschäftsstellen der Partei und DIE LINKE in den Parlamenten sind wichtige Kraftzentren,  
188 in denen die meisten Ressourcen konzentriert sind. Die Wahlniederlagen haben bittere Kon-  
189 sequenzen auf allen Ebenen; wir verlieren Abgeordnete, Mitarbeiter:innen, Büros, Wissen,  
190 Geld und Zeit. DIE LINKE steht vor einer enormen Kraftanstrengung, gemeinsam Strukturen  
191 zu erhalten oder zu ersetzen. Unsere Abgeordneten stehen dabei immer in einer besonderen  
192 Verantwortung. Und die Partei steht zu den Abgeordneten, die unsere öffentlichen Gesichter  
193 sind. Eine wesentliche Aufgabe besteht für DIE LINKE in der Herstellung von kritischer Öffent-  
194 lichkeit und Sichtbarkeit: Lautsprecher zu sein für unterrepräsentierte Interessen und Grup-  
195 pen. Wir zeigen auf, was schief läuft im Land. Und wer dafür verantwortlich ist. Und wie man  
196 zusammen aktiv wird. Wir machen soziale Verwerfungen transparent, eben auch denen, die  
197 nicht davon betroffen sind. Damit ist mehr gemeint als Gegen-Öffentlichkeit in den eigenen  
198 Kanälen. Es geht darum, die eigenen Konzepte verstehbar und zustimmungsfähig zu machen,  
199 auch außerhalb der eigenen Twitterblase. In einer Gesellschaft, in der es so gut wie keine  
200 Transparenz über das enorme Vermögen von Superreichen gibt, bleibt vielen unklar, was an  
201 der Reichensteuer dringlich ist. Wir brauchen Konzentration bei unseren Themen und bei un-  
202 serer Ansprache. Es macht einen Unterschied, ob wir eine Rentenreform fordern, oder auch  
203 konkrete Vorschläge zur Umsetzung machen und dabei gute Erfahrungen anderer Länder in  
204 Europa mit auf den Tisch legen. Viel gewonnen wäre, wenn Genoss:innen über linke Politik in  
205 ihrem jeweiligen Kontext erzählen, analog und digital. Lassen wir von uns hören, eben auch  
206 bei unseren Erfolgen im Gemeinderat. Nur so kann das Wechselspiel aus organisierter und in-  
207 dividueller Kommunikation funktionieren.

208

209 DIE LINKE wird vielfältiger, bei uns und bundesweit. Bündnispolitik ist oft bereits ganz selbst-  
210 verständliche Praxis derer, die als Aktivist:innen zu uns kommen, besonders auch im Jugend-  
211 verband. In konkreten Kämpfen, in gemeinsamen Protesten erleben Menschen politische  
212 Kraft. Dort fangen sie an, sich im besten Fall für DIE LINKE zu interessieren. DIE LINKE in  
213 Sachsen-Anhalt ist aktiv in Bündnissen gegen den Lehrermangel und gegen Kinderarmut, für  
214 kostenfreie Kitas. Wir sind wieder Teil der Studierendenproteste in Halle, dem Kampf ums  
215 Krankenhaus in Gardelegen und Havelberg, der Lohn- und Tarifstreiks im Osten. Wir haben  
216 bundesweit organisierte Kompetenz, Erfahrung und Menschen mit Ideen. Die Zusammenar-  
217 beit sowohl im Land als auch mit der Bundesebene soll wieder stärker werden. Wir reden  
218 nicht mehr so viel über Berlin, Magdeburg oder den ländlichen Raum, wir fahren hin oder la-



219 den zu uns ein. Auch in Sachsen-Anhalt machen wir Haustürwahlkampf, Sozialberatung und  
220 mobile Sprechstunden. Probieren wir aus, bevor wir kritisieren. Hören wir denen zu, die es  
221 praktizieren. Wir müssen Neues lernen und organisieren: Wenn wir digitale Angebote auswei-  
222 ten, dann ohne diejenigen abzuhängen, denen es an Technik oder Praxiserfahrung fehlt.

223

224 Wir machen Politik auf allen Ebenen. Wir fördern die fachliche Arbeit, den Austausch und die  
225 Vernetzung von Mitgliedern, Arbeitsgemeinschaften und Kommunalpolitiker:innen. In den  
226 kommunalen Räten verwenden viele von uns ihre Zeit und Kraft, noch neben der Erwerbsar-  
227 beit. Lasst uns mehr darüber reden: Unsere Arbeit muss sichtbarer werden. Die Europa- und  
228 Kommunalwahlen werden die nächste Bewährungsprobe für DIE LINKE. In den kommenden  
229 Jahren stehen zudem Oberbürgermeister:innen- und andere herausgehobene Wahlen in Sach-  
230 sen-Anhalt an. Der Erfolg von Silvia Ristow in Bernburg hat uns gezeigt, wir sind erfolgreich  
231 mit Verankerung, Kompetenz und Vertrauen vor Ort. Die Kreisvorstände verständigen sich mit  
232 dem neuen Landesvorstand über die Ansprache von Kandidat:innen sowie die inhaltlichen  
233 Schwerpunkte für die Kommunalwahlen. Die auch für Nichtmitglieder offenen Listen und die  
234 parteiübergreifende Unterstützung von Bewerbungen zu herausgehobenen Personenwahlen  
235 bleiben dabei wichtige Instrumente.

236

237

### 238 **Brücken schlagen**

239

240 Wir müssen aufhören, Zielgruppen und Sozialräume gegeneinander zu diskutieren. Wir sagen,  
241 Hartz IV muss weg, aber eben auch, dass zehn Millionen Menschen mehr verdienen als einen  
242 Armutslohn und eben auch, dass gut bezahlte Facharbeiter:innen und Angestellte steuerlich  
243 entlastet werden müssen. Wir wissen, dass höhere Parkgebühren erst dann sozial und ökolo-  
244 gisch wirken, wenn der Bus regelmäßig fährt. Die Frage gleichwertiger Lebensverhältnisse ist  
245 relevant für Ost und West, Stadt und Dorf, Mann und Frau, Bürger:in und Mensch. Das Thema  
246 Ost kann anschlussfähig sein in den Westen, weil Diskriminierung beides ist: eine Frage öko-  
247 nomischer und kultureller Herabsetzung. Ein Viertel der bundesdeutschen Bevölkerung hat  
248 migrantische Wurzeln. Fast zehn Millionen Menschen dürfen nicht einmal den Bundestag  
249 wählen. Wir fordern ein modernes Staatsbürgerrecht, genauso wie mehr Ostdeutsche und  
250 Frauen in Spitzenfunktionen. Wir sehen, wer in der Bundesrepublik mit Niedriglöhnen abge-  
251 speist wird, ein Drittel (!) der Beschäftigten im Osten, ein Viertel im Westen, dort vor allem  
252 Frauen und Migrant:innen. Im Bundestag hat DIE LINKE den höchsten Anteil an Menschen mit  
253 Migrationsgeschichte aller Fraktionen. Damit sind wir näher dran an den Veränderungen die-  
254 ser Republik als viele andere. Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Das wird so blei-  
255 ben. Wir blicken nicht mit kalter Schulter auf andere herab. Wir wollen ein Europa, das keine  
256 Kinder vor einem Grenzzaun erfrieren lässt. Wir reden nicht einer Rente das Wort, die in die  
257 Armut führt. Wir stopfen uns nicht die eigene Tasche voll, indem wir in der Pandemie Provisio-  
258 nen für Masken kassieren. Wir werben nicht mit dem „Land der Frühaufsteher“, wenn Leute  
259 früher aufstehen müssen, um stundenlang zur Arbeit zu pendeln.

260

261 Wir stehen für eine Gesellschaft ohne Angst; für ein Land, das die Freiheit des anderen ge-  
262 nau so schätzt wie die eigene.

263

264 Dafür kämpft DIE LINKE. **Macht mit.**

## Bewerbung als Landesvorsitzende

### Janina Böttger

Persönliche Angaben:

- Verheiratet, 2 Kinder (7 und 11 Jahre)  
- Referentin der Landtagsfraktion für Wirtschaft, Digitalisierung und Europapolitik

- Seit 2017 Stellvertretende Landesvorsitzende  
- Seit 2019 im Stadtvorstand Halle



Liebe Genossinnen und Genossen, ich kandidiere als Landesvorsitzende. Gemeinsam mit Stefan Gebhardt möchte ich als Teil einer Doppelspitze unseren Landesverband führen und DIE LINKE wieder stark machen.

Die letzten vier Jahre als stellvertretende Landesvorsitzende waren für mich enorm wertvoll und bereichernd, trotz vieler Schwierigkeiten und enttäuschender Wahlergebnisse. Diese Partei ist mir noch mehr ans Herz gewachsen als schon vorher und mit ihr die vielen Genossinnen und Genossen, die diese Partei vor allem hier in Sachsen-Anhalt prägen und mitgestalten. Umso bitterer sind die Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahl. Die strukturellen Folgen, die damit einhergehen, sind umfassend. Es wird für viele Genossinnen und Genossen noch schwerer werden, organisatorisch das auf die Beine zu stellen, was sie eigentlich gern möchten und sie brauchen die Unterstützung der Landesebene.

Aber mit den Wahlergebnissen geht vor allem auch eine Orientierungslosigkeit einher: Was haben wir falsch gemacht und wie können wir wieder zu alter oder neuer Stärke zurückfinden? Die nächsten Mona-

te werden von diesen Fragen geprägt sein. Es braucht einen Diskussionsprozess, wie wir uns in Zukunft strategisch aufstellen wollen, wie wir als Partei die gesellschaftliche Debatte vorantreiben können, anstatt ihr hinterherzulaufen.

Momentan fehlt uns die Zuschreibung und das Vertrauen mit der Stimme für DIE LINKE tatsächlich etwas (positiv) zu verändern oder beeinflussen zu können. Ich möchte, dass wir wieder eine positive Erzählung entwickeln und konkrete Projekte, die am Alltag der Menschen anknüpfen, in den Vordergrund stellen. Viele Menschen wissen um den gewaltigen Veränderungsdruck durch Klimawandel, Digitalisierung und Globalisierung. Deshalb ist linke Politik gefragt, die Veränderungen als machbar und sozial gerecht zu gestalten. DIE LINKE muss wieder Hoffnungsträgerin für gesellschaftlichen Wandel werden, so wie sie dies bei ihrer Gründung war. Ich bin von ganzem Herzen überzeugt, dass es eine linke, sozialistische, solidarische Partei braucht, die Antworten auf die ökologischen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit gibt und in die Gesellschaft hineinwirkt. Gemeinsam mit euch will ich dafür kämpfen, dass wir dies anpacken und wieder stärker werden.

Für die nächsten 2 Jahre sehe ich 4 große Aufgabenfelder für den Landesvorstand:

1. Mitglieder- und Parteientwicklung - damit meine ich nicht nur die notwendige Gewinnung von Neumitgliedern und die Unterstützung der Kreise dabei, sondern auch die Unterstützung bei der Mitgliederpflege. Wir sollten uns auch um die Mitglieder kümmern, die wir haben und sie aktiv einbinden in inhaltliche oder organisatorische Parteiarbeit.
2. Strategische Neuausrichtung - Gestaltung und Organisation des notwendigen Diskussionsprozesses über die strategische Ausrichtung (Regionalkonferenzen, Workshops, Werkstätten, neue Formate entwickeln)
3. Vorbereitung der Kommunalwahlen und Unterstützung der Kreise, Städte und Ortschaften bei der Kandidat:innengewinnung
4. Verbesserung der Kommunikation zwischen allen

Ebenen - es braucht nicht nur eine bessere Kommunikation zwischen allen Ebenen der Partei, sondern auch eine neue Kultur des Miteinanders. Ich stehe für eine Kommunikation auf Augenhöhe, möchte für alle ansprechbar sein und Brücken bauen. Das war in der Vergangenheit mein Motto und ich denke, dass es gerade auch jetzt notwendig ist.

Wir müssen die kommende Zeit dringend nutzen, um die vor uns liegenden organisatorischen und strategischen Herausforderungen mutig und aktiv anzugehen. In jeder Niederlage liegt auch eine Chance. Dazu

muss man aber auch bereit sein, Dinge zu hinterfragen, einen Perspektivwechsel vorzunehmen, Zuzuhören und alte Gewohnheiten und Gewissheiten zu überdenken, aber auch Entscheidungen in der Sache zu treffen. Eine Genossin schrieb mir vor ein paar Wochen: „Jede:r selbst muss wissen, ob er oder sie für einen Wandel stehen kann und bereit ist auch neue Wege zu finden.“

Und ich kann sagen, ich bin bereit dafür. Jetzt ist nicht der Zeitpunkt in Stagnation zu verfallen, in einem Weiter-Soherumzudümpeln, sondern mit Herzblut zu kämpfen. Dafür stehe ich bereit.

## **Der Konflikt um die #MLU Unterfinanzierung dauert an!**

Am 3. Februar 2022 hat das Aktionsbündnis „#MLU Unterfinanziert - Perspektiven schaffen!“ wieder zu Protesten gegen die (namensgebende) strukturelle Unterfinanzierung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg aufgerufen. Es beteiligten sich zwischen 200 und 300 Studierende, Mitarbeiter:innen und weitere Bürger:innen der Stadt an der Demonstration, darunter auch viele Genoss:innen der LINKEN.

Konkreter Anlass war die danach stattfindende Sitzung des akademischen Senats, der über ein „Grobkonzept für Kürzungen“ befinden sollte. Hier gab es keine Entscheidung, die Drohung aufgrund des landespolitisch verschuldeten Haushaltslochs bis zu 4.000 Studierende weniger zu immatrikulieren, 30 Lehrstühle zu streichen und 250 Mitarbeiterstellen zu kürzen dauert also an. Auf der Demonstration haben unterschiedlichste Redner:innen vom Personalrat, Studierendenrat, der Gewerkschaften ver.di und GEW sowie vom Bündnis und den bedrohten Instituten selbst auf die Konsequenzen hingewiesen, sollte die Uni sich zu diesem Kahlschlag weiterhin genötigt sehen. Und die wären bitter: Etliche Fächer, wie etwa die Japanologie, die Altertumswissenschaften, die Indologie, die Südasienskunde und viele mehr, die in Sachsen-Anhalt und Mitteldeutschland einmalig sind, würden für immer verschwinden. Die Arbeits- und Studienbedingungen würden sich drastisch verschlechtern. Tausende junge Menschen, seien es

Wissenschaftler:innen oder Studierende, würden Halle fehlen und wären fatal für Gastronomie, Kultur und Vereinswesen. Für die Protestierenden war klar, dass die Landesregierung von Sachsen-Anhalt hier endlich in der Pflicht ist, Klarheit zu schaffen: Will sie diesen Kahlschlag oder ist sie bereit, die MLU für ihre vielfältigen Leistungen zu finanzieren? Das derzeitige Schweigen des zuständigen Ministers ist ohrenbetäubend. Der nächste wichtige Termin ist dabei der 16. März - hier tagt der akademische Senat erneut und hat den Wissenschaftsminister dazu eingeladen, zu der Situation Stellung zu nehmen. Auch weitere Proteste sind damit ziemlich wahrscheinlich, denn das Aktionsbündnis hat sich vorgenommen, die Kürzungen komplett zu verhindern. Die engagierten Mitglieder der MLU wissen dabei DIE LINKE auf allen Ebenen an ihrer Seite: Genoss:innen aus dem Jugend- und Studierendenverband bewerben bzw. organisieren die Proteste, viele Basismitglieder sind vor Ort, dazu unsere Landtags- und Bundestagsabgeordneten. Unser hochschulpolitischer Sprecher Hendrik Lange konnte dann auch vor Ort erklären, dass die Stadtratsfraktion DIE LINKE am 23. Februar eine Resolution in den Stadtrat einbringen wird, in der auf die Situation hingewiesen und die Unterfinanzierung kritisiert wird. Jetzt hoffen wir natürlich darauf, dass die anderen demokratischen Fraktionen dabei mitmachen und sich hinter diese Verteidigung der Wissenschaft stellen!